

Politikersatz

Mit militärischen Schlägen hoffte «der Westen», Milosevic «zur Vernunft zu bringen». Die Nato weiss wie, aber niemand weiss wozu. Der Kosov@1-Krieg ist eigentlich eine Nato-Krise • Von Roland Brunner

«Humanitäre Verpflichtung» – «politische Notwendigkeit» – «sicherheitspolitisch unumgänglich»: Mit solchen Begriffen hantierte die Nato, als sie im September mit militärischen Massnahmen der Krise und dem Krieg im Kosov@ Herr werden wollte. Ohne Mandat des Uno-Sicherheitsrates und ohne politische Konzepte sollte der Frieden gegen Milosevic herbeigebombt werden.

Wer rettet die Nato?

Als die Nato im Juni dieses Jahres begann, sich der Kosov@-Sache anzunehmen, waren innerhalb kurzer Zeit alle militärischen Vorbereitungen abgeschlossen und Einsatzpläne vorbereitet. Mit Flugmanövern über Albanien und Flugzeugträgern vor der Küste sollte Milosevic militärische Nato-Macht demonstriert werden, um ihn zu politischen Zugeständnissen zu bewegen. Der Logik des Militärischen gehorchend, wurden diese Drohpotentiale immer weiter verstärkt bis zur Bombendrohung.

Die Nato verdingt sich so in ihrer eigenen militärischen Dynamik. Die Vertrauenswürdigkeit der Nato stehe auf dem Spiel, hiess es bald einmal aus dem Hauptquartier dieser militarisierten Politik. Ob es wirklich zu den Bombardierungen kommen wird oder nicht, hängt nun gar nicht mehr so sehr von der Situation im Kosov@ ab als von der «Innenpolitik» der Nato, die ihr Gesicht wahren und dem Eindruck vorbeugen muss, nur leere Drohungen auszusprechen.

Weltweit war bei aller Ratlosigkeit eines klar: Mit Bomben aus der Luft ist Frieden im Land nicht zu haben. Auch in der Schweiz waren die Stimmen unisono, von Friedensbewegten bis zu Militärvertretern und quer durch alle Medien: «Die Drohgebärde ist weder militärisch noch politisch in eine erfolgversprechende Strategie eingebettet.» So kommentiert Peter Fürst im Tages-Anzeiger die militaristische Sinnlosigkeit (3. Oktober 1998). «Hinter der demonstrativen militärischen Stärke verbirgt sich nicht unbedingt politische Stärke. (...) Die USA haben keine langfristigen

Vorstellungen über die Zukunft des Balkans, das erschwert auch die Erreichung kurzfristiger Ziele», doppelte er am 13. Oktober nach.

Aber auch die kaum als militärkritisch bekannte Neue Zürcher Zeitung fragte sich in einem Leitartikel (10. Oktober): «Was nützen Nato-Luftangriffe?», um festzuhalten: «Was mit Luftschlägen jetzt noch bewirkt werden könnte, ist unklar. (...) Auch in Kosovo mangelt es, wie schon während sehr langer Zeit in Bosnien, an einem von Washington und den wichtigsten europäischen Verbündeten unter Einschluss Russlands getragenen politischen Konzept, wie die Balkanregion kurzfristig befriedet und langfristig stabilisiert werden könnte. (...) Sieht das Bündnis nun von Angriffen ab, ohne das dem starken Mann in Belgrad substantielle Zugeständnisse abgerungen werden könnten, so hat es seine Glaubwürdigkeit gänzlich verspielt.»

Obwohl über den Unsinn dieses Nato-Militarismus Konsens bestand, begann in der Schweiz sofort die Diskussion, ob

Professor am Institut für internationale Politik an der Bundeswehr-Universität Hamburg (Blättern für deutsche und internationale Politik, Nr. 9/1998).

Ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates gibt es keine völkerrechtliche Grundlage für eine Intervention. Im

«Sieht die Nato nun von Angriffen ab, ohne dass dem starken Mann in Belgrad substantielle Zugeständnisse abgerungen werden könnten, so hat es seine Glaubwürdigkeit gänzlich verspielt.»

NZZ vom 10. Oktober 1998

Gegenteil: Eine Intervention würde direkt gegen den Grundsatz des Verbots von Gewaltanwendung in internationalen Beziehungen verstossen und müsste daher als verbotene Kriegshandlung ausgelegt werden. Demgegenüber könnte sich Serbien auf die Uno-Charta beru-

net er als «recht deutliche Überschreitung der völkerrechtlichen Grenzen», um dann festzuhalten: «Die Amerikaner haben sich im Laufe der Geschichte manches herausgenommen. Es ist für eine Grossmacht immer eine Versuchung, nach ihren nationalen Interessen zu handeln und die völkerrechtlichen Regeln ausser acht zu lassen. In der Tat sind die letzten Aktionen der USA besonders bedenklich.»

Die Frage nach dem politischen Ziel einer allfälligen Nato-Intervention wagt schon bald niemand mehr zu stellen. Eine Unabhängigkeit des Kosov@ kam nicht in Frage. Ein Protektorat wollte und will niemand. Die Tatsache, dass es den meisten Ländern nur darum ging, «Flüchtlingströme» nach Westeuropa zu verhindern, wagte niemand auszusprechen. Das erklärte Ziel des Westens – weder Unabhängigkeit noch Status quo, sondern Rückkehr zu einer modifizierten Autonomie des Kosov@ – litt von Anfang an unter der Schwierigkeit, dass es weder von Belgrad noch von den Kosova-Albanern akzeptiert wurde.

Offensichtlich war die Nato-Bombendrohung eher ein Machtkampf innerhalb der Nato (USA gegen Europa) und eine Machtdemonstration gegenüber Russland. Während man sich in Bosnien-Herzegowina wenigstens noch mit dem politischen (Irr-)Glauben aus dem Kalten Krieg rechtfertigen konnte, ein Gleichgewicht der (militärischen) Kräfte mit Hilfe und Absicherung durch internationale Truppen könnte den Waffenstillstand bringen, der zum Frieden erwachsen würde, stand ein solches Gleichgewicht im Kosov@ gar nicht zur Diskussion. Ein Gleichgewicht zwischen den Terrorverbänden der serbischen Armee und Polizei einerseits und der UÇK – einer bewaffneten Truppe, die die Veränderung der Grenzen mit Waffengewalt anstrebt – ist politisch legitim nicht zu haben. Das Dilemma der Nato war deshalb ein doppeltes, ein politisches wie ein militärisches.

Den Preis zahlen die anderen

Die Bombendrohung der Nato führte in Jugoslawien sofort zu einer Verschärfung des innenpolitischen Klimas. Milosevic wälzte den Druck auf andere ab. Dragan Veljick, Schriftsteller und Publizist, schreibt in der Weltwoche vom 15. Oktober: «Ganz gleich, ob es zum Militärschlag durch die Nato kommt, allein die Drohung hat innenpolitisch dieselbe Wirkung erzeugt, als wären schon Bomben gefallen. (...) Seriöse Menschen fürchten sich mehr vor dem, was einer Bombardierung folgen würde, als vor der Bombardierung selber.» Veran Matic, Präsident der Vereinigung unabhängiger elektronischer Medien Jugoslawiens

Schwarzer Oktober

Milosevic sitzt auf dem Trockenen. Den Preis für die Nato-Drohungen bezahlen die DissidentInnen. Die Drohungen der Nato, Serbien zu bombardieren, führte vor allem zu einer Verschärfung der Hetze und der Repression gegen oppositionelle Kräfte in Serbien. Stationen der Repression im Oktober 1998:

- Eingeladene TeilnehmerInnen einer internationalen Konferenz «Broadcasting for a Democratic Europe», geplant in Belgrad Ende September unter Schirmherrschaft des Europarates, erhalten keine Einreisevisa.
- Der rechtsradikale Politiker und stellvertretende Premierminister Jugoslawiens Vojislav Seselj sowie der Milosevic-Getreue und Parlamentsabgeordnete Zeljko Simic bezeichnen in einer Parlamentsdebatte Oppositionelle und unabhängige Medien als Veräter, fünfte Kolonne und Quislinge. Seselj ruft offen dazu auf, im Falle einer Bombardierung Serbiens Oppositionelle und MitarbeiterInnen internationaler Organisationen als Geiseln zu nehmen: «Vielleicht können wir nicht jedes einzelne Nato-Flugzeug abschliessen, aber sicher können wir all ihre Agenten hier habhaft werden.» Speziell erwähnt werden dabei das «Helsinki Komitee für Menschenrechte», die «Frauen in Schwarz» sowie der intellektuelle und dissidente «Belgrad-Zirkel».
- Die unabhängige Belgrader Radiostation B92 muss eine grosse geplante Solidaritätsdisco zugunsten der Kosovo-Flüchtlinge in Montenegro absagen, da durch die zunehmende Radikalisierung die Sicherheit der Leute nicht gewährleistet ist.
- Staatsradio und -fernsehen reiten scharfe Attacken gegen unabhängige Medien und bezichtigen sie des Hochverrats.
- Der serbische Informationsminister Aleksandar Vuic teilt den unabhängigen Stationen mit, dass die Weiterverbreitung von «Programmen, die zu Propagandazwecken und zur psychologischen Kriegsführung von westlichen Mächten produziert würden», als Akt der Spionage und als direkter Angriff auf die verfassungsmässige und gesetzliche Ordnung des Landes betrachtet würden. Gezielt wird dabei auf die serbischen Programme von BBC-World-Service, Deutsche Welle international u.a.

- Dejan Anastasijevic, Journalist der unabhängigen Wochenzeitschrift Vreme, wird angeklagt wegen seiner Berichterstattung über die Massaker in Gornja Obrinja (Kosov@).
- Vizepremier Seselj wiederholt seine Angriffe gegen Medienschaffende, die «Celd von den Amerikanern, den Deutschen, Engländern und Franzosen nehmen». Er bezeichnet sie als «Spione, die diesen Ländern in ihren antiserbischen Bestrebungen helfen».
- Die Regierung verhängt – ohne Gesetzesgrundlage – einen «Erlass für Spezialmassnahmen anlässlich der Nato-Drohungen für militärische Angriffe gegen unser Land». Die Tageszeitungen «Dnevni Telegram», «Danas» und «Nasa Borba» sowie die Radiostationen «Radio Indeks» und «Radio Senta» werden per Ausnahmezustand stillgelegt.
- Ein am 24. Oktober angenommenes neues Mediengesetz setzt mit der Androhung hoher Bussen auf die Selbstzensur der unabhängigen Medien. Der serbische Informationsminister Vuic begründete das neue Gesetz damit, Serbien sei Angriffen von Terroristen und erpresserischen Drohungen einiger westlicher Länder ausgesetzt. Ausländische Regierungen versuchten durch Desinformation und Propaganda den Widerstandsgeist der serbischen Bevölkerung zu untergraben, um ihre politischen Interessen auf serbischem Gebiet durchzusetzen.
- Einen Tag nach der Annahme des neuen Mediengesetzes werden die Herausgeber und Redaktoren der Zeitschrift «Evropljanin» auf Anklage der «Patriotischen Allianz Belgrads» wegen Verletzung der patriotischen Gefühle Serbiens im Schnellverfahren zu einer Busse von insgesamt 326'000 Franken verurteilt. Da die Verurteilten den Betrag nicht zahlen konnten, wurde ihr Eigentum konfisziert.
- Aus Angst vor massiven Strafen stellt das unabhängige Boulevardblatt «DT Plus» am 27. Oktober sein Erscheinen ein.

Weitere Informationen über Kovov@ und Serbien sind zugänglich über die Homepage der Medienhilfe Ex-Jugoslawien: <http://www.medienhilfe.ch>.



Die Nato wäre bereit, die Bomben sind angeschnallt, fehlt noch das Wissen, wozu...

man nicht mittels dringlichem Bundesbeschluss auch Schweizer Soldaten erlauben müsste, dabeizusein...

Die Nato im Dilemma

Eine Nato-Intervention würde allerseits als einseitige Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates betrachtet. «Militärisch zu intervenieren heisst unter den gegebenen Bedingungen, jene Kräfte im Kosov@ zu unterstützen und zu legitimieren, die seit mehreren Jahren und verstärkt seit der Vereinbarung von Dayton mit Gewaltmitteln gegen Einrichtungen der Belgrader Zentralregierung in der Provinz und gegen dort lebende Serben vorgehen», schreibt August Pradetto,

den in Artikel 51 «das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung» postuliert. Die Nato-Intervention würde so für die Uno zur «Bedrohung des Weltfriedens» und müsste eigentlich sofort zu einer Intervention durch den Uno-Sicherheitsrat gegen die Nato führen... «Die Stellungnahme der USA und der Nato, man brauche kein Uno-Mandat, war wohl Teil eines diplomatischen Versuchs, die Serben zum Einlenken zu bewegen und Druck zu machen», meint Bardo Fassbänder, Assistent am Institut für Völker- und Europarecht der Humboldt-Universität Berlin gegenüber dem Tages-Anzeiger (13. Oktober). Eine allfällige Bombardierung Serbiens bezeich-